

Niederlage am 1. Mai

NPD aufmarschiert, DGB/PDS demobilisiert, Autonome isoliert

Nach fast einjähriger Mobilisierung gelang es der NPD/JN am 1. Mai 1998 vor dem Leipziger Völkerschlachtdenkmal unter massivem Polizeischutz eine Kundgebung mit ca. 5 000 Faschisten abzuhalten. Besorgt um das internationale Ansehen hatte die Messestadt Leipzig im Vorfeld versucht, ein Verbot des Nazi-Aufmarsches durchzusetzen: Die angemeldete Demonstration wurde verboten, die Kundgebung zugelassen, polizeilich gegen einige tausend angereiste AntifaschistInnen verteidigt und zahlreiche Linke wurden festgenommen. Zwei Wochen später gab es zum wiederholten Male in diesem Jahr eine bundesweite Razzia gegen antifaschistische AktivistInnen. Untersuchungsverfahren und Anklagen gegen die AntifaschistInnen müssen niedergeschlagen werden.

Die NPD-Kundgebung markiert eine Niederlage für die Linke und Arbeiterbewegung in der BRD. Wie schon in der Vergangenheit versuchten vor allem Antifa-Gruppen aus dem autonomen Spektrum, eine Gegenmobilisierung zu bewerkstelligen, waren aber nicht in der Lage, diese Nazi-Großveranstaltung zu verhindern. Der politische Verrat der Gewerkschaftsbosse und die Kapitulation der PDS einerseits, die grundlegend falsche strategische Orientierung des autonomen Antifaschismus andererseits, traten am 1. Mai offen zutage.

Niederlage oder Teilerfolg?

Teile der Linken lügen sich über die Niederlage am 1. Mai in die Tasche. So berichtet die Gruppe Linksruck, die bekannt dafür ist, jeder Niederlage noch etwas Gutes abzugewinnen, im Juni 1998 unter der Überschrift "1. Mai in Leipzig: Punktsieg!":

"Der 1. Mai 98 war ein Fanal: Jedem Bürger mußte in Leipzig klar werden, daß man sich beim Anti-Nazi-Kampf nicht auf Gerichte, Bürgermeister oder gar Polizei verlassen kann. Gleichzeitig hat sich gezeigt, daß es viele Antifaschisten gibt, die nicht im Entferntesten bereit sind, den Nazis zu weichen. (...) Der Kampf um Leipzig wird im nächsten Jahr weitergehen - nicht nur für die NPD. WIR SEHEN UNS ZUM 1. MAI 1999!!!" (*Linksruck 57*).

Der Bund Internationaler Kommunisten (BIK) resümiert in seinem "Informationsbrief" *Unser Wort*:

"Der Versuch die Kundgebung der NPD/JN zu verhindern ist mißlungen, aber die mehreren Tausend Antifaschisten haben gezeigt, daß sie den Ablauf stören (!) können, und den Faschisten nicht kampfflos die Straße überlassen. Alle die dabeigewesen sind haben mehr (?) oder weniger (!) gezeigt, daß der Kampf möglich ist, wenn man bereit ist ihn zu führen" (*Unser Wort 7*).

Das ist billigster Voluntarismus: die Welt als Wille und Vorstellung. Mit marxistischer Analyse hat das nichts zu tun. So wundert es wenig, daß der BIK sich zwar fragt:

"Wie blockieren wir rechtlich abgesicherte Veranstaltungen. Wie verhindern wir, daß den Faschisten die Straße überlassen wird" (*ebenda*),

aber die Antwort schuldig bleibt. Daß der BIK "die aktuelle Aufgabe der Kommunisten" darin sieht, "sich auf die zukünftigen Auseinandersetzungen vorzubereiten", aber die Lehren aus der Niederlage nicht zieht, darf auch nicht erstaunen, sehen die GenossInnen vom BIK doch einen Erfolg, wo es eine Niederlage gab:

"Das die NPD/JN nur (?) ca. 5 000 Mitglieder und Sympathisanten mobilisieren konnte, ... kann nur als Erfolg der antifaschistischen Mobilisierung gewertet werden" (*ebenda*).

Obwohl die NPD noch nicht dazu in der Lage war, die anvisierten 10-15 000 zu mobilisieren, ist es blanker Zynismus, von einem Erfolg zu schwadronieren, wenn das erste mal seit 1945 am 1. Mai, dem traditionellen Tag der Arbeiterbewegung, 5 000 Nazis aufmarschierten, und ihnen damit gelingt, was sie seit Beginn der 90er Jahr für Jahr versucht haben.

Auch bei den autonomen Antifas gibt es große Teile, die von einem antifaschistischen Teilerfolg sprechen (siehe auch *Antifaschistisches INFO-Blatt 44*). In der jüngsten Vergangenheit wurden wiederholt antifaschistische Gegenmobilisierungen - obwohl sie die Durchführung von faschistischen Großveranstaltungen und -aufmärschen nicht verhindert haben (z.B. in München im März 1997 oder in Passau im Februar 1998) - als Sieg bewertet.

In Diskussionen wurde von autonomen AntifaschistInnen als auch vom BIK vom "Teilerfolg" gesprochen, da man berücksichtigen müsse, daß an diesem Tag nicht viel mehr möglich gewesen sei. Mal abgesehen davon, daß die Berücksichtigung der Ausgangsmöglichkeiten nichts an der Niederlage ändert, wird durch jene kurzfristige tagespolitische Sichtweise der Blick für das Wesentliche genommen: Die zahlreichen Varianten reformistischer Politik von BürokrätInnen, Linken und Autonomen, die - jede auf ihre Weise - systematisch dazu führen, daß es antifaschistische Mobilisierungen von ArbeiterInnen, ImmigrantInnen und Jugendlichen um die Achse des revolutionären Klassenkampfes nicht gab und geben wird.

Die "Teilerfolgs"-Beschönigungen im Nachhinein dienen der Selbstberuhigung und verhindern, den grundsätzlichen politischen Ursachen des antifaschistischen Scheiterns auf den Grund zu gehen. Doch wenn nicht die nötigen Konsequenzen gezogen werden, sind die nächsten Niederlagen schon absehbar.

Stören oder verhindern?

Bereits während der Mobilisierung der Antifagruppen zeigte sich, daß ein erfolgreicher Anti-Faschismus, d.h. die Verhinderung faschistischer Aufmärsche, schon gar nicht mehr das Objekt autonomer Begierde ist. So wurde im bundesweit vertriebenen Aufruf des Leipziger Bündnisses gegen Rechts zwar von "Naziaufmarsch am 1. Mai verhindern!" gesprochen, doch der Flugblatttext machte klar, daß "Stören" gemeint war:

"Nur dort [auf bzw. an der Naziroute, Anmerkung von uns] läßt sich der Naziaufmarsch effektiv be- und verhindern (!), wie die Gegenaktivitäten in Dresden vor allem aber München (!) gezeigt haben. Blockiert die Naziroute, wo immer ihr die Möglichkeit dazu habt! Verhindert, daß die Reden und Parolen der Faschisten gehört werden können! In München gelang es die Abschlußkundgebung der Nazis durch eine Streckenbesetzung zu verhindern, in Dresden übertönte Glockengeläut die Rede des NPD-Vorsitzenden und ärgerten sich die Kameraden über Schneebälle der Antifas" (*Naziaufmarsch am 1. Mai verhindern!* ohne Datum).

Leipzig ...

Fortsetzung von Seite 14

Diese mit "behindern", Kirchenglocken und Schneebällen gespickte strategische Vorgabe war eine offene Kapitulationserklärung im Vorfeld. Als "Realismus" verbrämt wurde ein "dezentrales Konzept" propagiert:

"Dieses Jahr ist es nicht vorgesehen, eine zentrale Antifaschistische Gegendemonstration, die nur im Polizeicordon enden kann, zu organisieren. (...) Anders als bisher wird niemand auf einer Antifademo festhängen. Alle die protestieren wollen, sind auf dem Weg zu den Nazis" (*ebenda*).

Dabei ging es während der Vorbereitungen zu Leipzig nur vordergründig um diese taktischen Überlegungen ("niemand soll festhängen") und auch nicht um eine eventuell effektive Aufteilung antifaschistischer Kontingente. Vielmehr war der Ausgangspunkt die prinzipielle Ablehnung jeglicher zentraler Organisation und verbindlicher Absprachen, um die Autonomie der Antifa-Gruppen zu wahren. Auf dem von Autonomen dominierten Delegiertentreffen in Leipzig, nach dem endgültigen Verbot der Nazi-Demonstration durch die Stadt, wurde deutlich, daß alle politischen und organisatorischen Überlegungen diesem autonomen Steckenpferd untergeordnet wurden. Obwohl es jetzt allein darauf ankommen mußte, den Nazis ihren zentralen Kundgebungsort vor dem Völkerschlachtdenkmal zu nehmen, wurde das unverbindliche dezentrale Konzept um jeden Preis aufrechterhalten - auch gegen Vorschläge aus den Reihen des Leipziger Bündnisses gegen Rechts.

Wie realistisch diese der "Guerilla-Romantik" entsprungene Kleingruppen-Taktik war, bewies dann voraussehbar der 1. Mai: Über die ganze Stadt verstreut irrten viele hundert angereiste Antifas in Kleingruppen isoliert herum und wurden wie eh und je - trotz der sogenannten De-Eskalationstaktik - von Polizeiknüppeln und Wasserwerfern attackiert. Die von einzelnen autonomen Gruppen organisierte Jagd am Rande der Abfahrt des Nazi-Pöbels führte zur Beschädigung einiger weniger NPD-Busse. Ein Schaden, den die NPD aus der Portokasse zahlt und der die faschistischen Schlägertrupps nicht trifft. Kein ernsthafter Anti-Faschist wird ein paar zerstörte Busscheiben als (wesentliche) Beeinträchtigung des Nazi-Aufmarsches werten.

Autonomer Antifaschismus: Kein Licht - aber am Ende des Tunnels

Das in Leipzig praktizierte dezentrale Konzept mußte dazu führen, daß allen außerhalb "autonomer Zusammenhänge" Befindlichen jeglicher Anlaufpunkt und jegliche Zuordnung abgeschnitten war. Doch auch unabhängig von diesem Konzept, mit dem lediglich auf das eigene Milieu orientiert wurde, bestätigte sich unsere Warnung, daß das autonome

Milieu "längst schon zu schwach ist, um allein noch die Faschisten stoppen zu können" (*BOLSCHEWIK* 10).

Tatsächlich waren die autonomen Antifas trotz bundesweiter Mobilisierung den Nazis zahlenmäßig unterlegen. Erst kurz vor Ende des NPD-Aufmarsches stieg die Zahl der GegendemonstrantInnen auf ca. 5 000 an, da sich zwei- bis dreitausend TeilnehmerInnen von der traditionellen 1. Mai-Demonstration anschlossen. Um so fataler, daß autonome Politik in der Regel der Mobilisierung der Arbeiterbewegung gegen deren reformistische Führungen zur Verhinderung faschistischer Aufmärsche gleichgültig bis offen ablehnend gegenübersteht. Das drückte sich u.a. auch in der späten öffentlichen Mobilisierung aus.

Wie wir in *BOLSCHEWIK* 10 kritisierten, orientieren relevante Teile der autonomen Antifa - u.a. die AA/BO - statt dessen offen auf eine Politik des "öffentlichen Drucks", um Staat und Polizei gegen die Nazis in Bewegung zu setzen. Unfähig, die Lehren aus Leipzig zu ziehen, wird im *Antifaschistischen-INFO-Blatt (AIB)* zunächst den "örtlichen MetallgewerkschafterInnen" ohne Unterschied mangelndes antifaschistisches Interesse vorgehalten und dann der "direkten Auseinandersetzung" mit den Nazis "eine politische Verhinderung/Behinderung der Nazi-Veranstaltung" vorgezogen (*AIB* 44). D.h., aus dem Scheitern autonomer Guerilla-Militanz und dem Verrat der GewerkschaftsbürokratInnen folgert das *AIB* eine Orientierung auf die Mobilisierung der bürgerlichen Öffentlichkeit, damit sich die Stadt Leipzig nicht "relativ galant aus der Affäre ziehen und die Nazi-Veranstaltung wie geplant stattfinden kann" (*ebenda*). Hinter dieser Politik steht die reformistische Illusion in einen klassenneutralen bürgerlichen Staat, der zum Instrument antifaschistischer (allgemein "fortschrittlicher") Politik gemacht werden soll. Daran kann auch die individuelle Militanz einiger autonomer Jugendlicher nichts ändern.

Darüberhinaus war in der autonomen Szene eine Orientierungslosigkeit hinsichtlich der Mobilisierung der "eigenen Kräfte" zu beobachten: Zum Teil stand die Teilnahme an lokalen "Revolutionären"-1. Mai-Demos der notwendigen anti-faschistischen Mobilisierung in allen Orten nach Leipzig entgegen. Verstrickt in die Ungereimtheiten, Widersprüche und Absurditäten autonomer Politik gab es also neben einer autonomen Mobilisierung gegen die Nazis faktisch auch eine autonome Demobilisierung. Das dezentrale Konzept verschleierte so lediglich vorausschauend die Unfähigkeit zu einer erfolgreichen Mobilisierung zur Verhinderung des Faschistenaufmarsches.

Den reformistischen Verrätern das Handwerk legen

Daß von den DGB-Führungsetagen (ganz zu schweigen von der rassistischen SPD) zum 1. Mai nicht entschieden gegen die Nationalen der NPD mobilisiert wurde, darf keinen Anti-Faschisten mehr verwundern. Schon lange ist die Gewerkschaftsbürokratie vor dem Staatsrassismus eingeknickt und verbreitet wie Zwickel - staatsmännisch, aber auch aus Rücksicht auf die Stammtischparolen -, daß Arbeitslosigkeit zunächst für Deutsche zu beseitigen sei. Wenn Faschismus hier als Problem diskutiert wird, dann als lästige Randscheinung, der staatlicherseits geantwortet werden sollte. Zur DGB-Kundgebung wurde weit weg vom Völkerschlachtdenkmal in die Innenstadt demonstriert.

Lediglich die lokale IG-Metall-Führung gab bis zum Vorabend des 1. Mai vor, zum Völkerschlachtdenkmal zu mobilisieren, um den Nazi-Aufmarsch zu stoppen. Doch was passierte dann? Zunächst hatten die GewerkschaftsbürokratInnen am Vorabend ca. 10 000 BesucherInnen des "Rock

gegen Rechts"-Konzertes in Anbetracht des Nazi-Aufmarsches polit-fröhlich und (stock-)besoffen gemacht, und dann hatte die IG-Metall-Führung ihre eigene Kundgebung am Völkerschlachtdenkmal abgesagt. Am Morgen des 1. Mai fuhr ein IG-Metall-Lautsprecherwagen in der Nähe des Völkerschlachtdenkmal auf, um alle Anwesenden zur offiziellen 1. Mai-Demonstration umzumobilisieren. Auf der DGB-Kundgebung wurden dann die Danksagungen an die "Kollegen Polizisten" unterstützt, die am Völkerschlachtdenkmal für "uns" ihren Rücken hinhalten - zur gleichen Zeit, als sich Wasserwerfer- und SEK-Einheiten antifaschistischen GegendemonstrantInnen entgegenstellten.

Und die PDS? Natürlich unterschrieben die diversen PDS-Einheiten den bundesweiten Antifa-Aufruf. Der PDS-Bundesvorstand und die PDS-Bundestagsgruppe hatten vorher ein Flugblatt unterstützt, in dem es heißt:

"Am 1. Mai 1998 gilt es zu verhindern, daß die NPD/JN den Tag als Bühne für ihre rassistischen und nationalistischen Parolen benutzen, indem sie sich scheinbar hinter sozialen Forderungen verstecken. Den Nazis muß an diesem Tag mit Vehemenz dort entgegengetreten werden wo sie sich versammeln wollen" (*Den Naziaufmarsch am 1. Mai 1998 verhindern!* 08.04.1998).

Der Leipziger PDS-Vize, Peter Wasem, legte allerdings schon im Vorfeld den politischen Bankrott aller PDS-Flügel offen:

"Es ist der AG Junge GenossInnen gegen teilweise massiven (!) innerparteilichen Widerstand (!!) gelungen, eine Wahlkampfveranstaltung der PDS Leipzig ... direkt an der von der NPD angemeldeten Demonstrationsroute, durchzusetzen", auf der dann "jeder willkommen sein [werde], der sich friedlich (!!!) den Rechten in den Weg stellen will" (*JW* 24.04.1998).

Konkret sichtbar organisierte die PDS Leipzig dann nur die traditionelle 1.Mai-Demonstration mit - kilometerweit weg vom Nazi-Aufmarsch. Auf Kritik an dieser Politik der PDS erklärte der sachsen-anhaltinische PDS-Landtagsabgeordnete Gärtner als Referent auf einer antifaschistischen Veranstaltung am 11. Juni in Duisburg, das wäre Sache der PDS vor Ort, mit anderen Worten: ein rein lokales Problem. Und genau das charakterisiert die Haltung der PDS-Führung! Das einzige, was sie "an diesem Tag mit Vehemenz" gezeigt hat, war Regierungs(unterstützungs)fähigkeit: Lokal wurde demobilisiert, bundesweit erst gar nicht mobilisiert!

Revolutionäre Arbeitermobilisierung gegen Nazis

Selbst bei militanten Demonstrationen von mehreren Zehntausenden wie den Anti-AKW- und Hausbesetzer-Demonstrationen oder der Berliner Anti-Reagan-Demo in den 80er Jahren war der bürgerliche Staatsapparat in der Lage, die protestierende Linke in Schach zu halten. Um sowohl den zu einem gesellschaftlichem Faktor werdenden Faschisten, als auch dem sie schützenden Staatsapparat erfolgreich entgegenzutreten zu können, bedarf es einer sozialen Kraft, die das kapitalistische System in seinen Grundfesten erschüttern kann. Eine (kleinbürgerliche) "Ein-Punkt-Bewegung" (wie die Antifa-Bewegung) wird dazu nicht in der Lage sein.

Der Nährboden des Faschismus, die bürgerliche Gesellschaftsordnung, kann nur durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse und aller vom Kapitalismus unterdrückten Schichten bekämpft und überwunden werden. Verweise aus dem autonomen Antifa-Milieu auf die Passivität der existierenden Massenorganisationen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung oder auf proletarisches "Spießertum" sind nichts anderes als eine fade Entschuldigung für die eigene

falsche Konzeption, nur auf das Einrichten im vertrauten Spektrum zu orientieren. Die Position "Wir organisieren unsere Leute gegen die Nazis - die, die auf Gewerkschaften setzen, sollen ihre mobilisieren", bedeutet de facto, die vom

1917

"To face reality squarely; not to seek the line of least resistance; to call things by their right names; to speak the truth to the masses, no matter how bitter it may be; not to fear obstacles; to be true in little things as in big ones; to have one's program on the basis of the class struggle; to be bold when the hour for action arrives—these are the rules of the Fourth International."

JOURNAL OF THE INTERNATIONAL BOLSHEVIK TENDENCY

Englischsprachiges Organ der
Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Nr. 20

Aus dem Inhalt:

- The Struggle for South Africa
From Apartheid to Neo-Apartheid
- Class Politics and Labour Loyalty
Tony Blair and the British Left
- Canada's No Choice Election
For Independent Working-Class Politics
- In Defense of Tactics
On the General Strike Slogan
- NZ Unionists Defend Brazilian Militants

Zu beziehen über:

Postfach 210 254, 10502 Berlin
(in Briefmarken beizulegen: DM 2,- + Porto)

Abonnement: 4 Ausgaben inklusive Porto
DM 15,-

Kontaktadressen der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Berlin/ Gruppe Spartakus
Hamburg/ Postfach 210 254
Ruhrgebiet: 10502 Berlin

Bay Area: Bolshevik Tendency
PO Box 31796
Oakland, CA 94604, USA

New York: Bolshevik Tendency
PO Box 385, Cooper Station
New York, NY 10276, USA

Toronto: Bolshevik Tendency
PO Box 332, Adelaide St. Strn.
Toronto, Kanada M5C 1J0

Wellington: Permanent Revolution Group
PO Box 9671
Wellington, Neuseeland

Internet: ibt@babeuf.actrix.gen.nz

Reformismus im Spektrum bürgerlicher Politik gehaltenen Massen dort zu belassen.

Besonders verheerend ist, daß die Ablehnung einer strategischen Orientierung auf die Arbeiterbewegung im Konkreten einhergeht mit naivsten Illusionen in die reformistischen BürokratInnen: Auf den bundesweiten Vorbereitungstreffen und noch am Vorabend des 1. Mai hofften autonome Antifas, u.a. aus Leipzig, ernsthaft, daß die IG-Metall ihre morgendliche Kundgebung zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches nutzen werde. Die Antifas hatten sich also "größtenteils auf die Kundgebung der Gewerkschaft verlassen" (AIB 44). Nachdem diese Illusionen geplatzt waren, wurde dann empört auf alle Leipziger IG-MetallerInnen gespuckt, deren "antifaschistisches Engagement nicht viel mehr als ein fauler Zauber" sei (AIB 44).

Entgegen der AIB-Einschätzung zeigte sich jedoch, daß nicht alle Gewerkschaftsmitglieder den Faschisten ignorant gegenüberstehen; beispielsweise TeilnehmerInnen der traditionellen 1.Mai-Demonstration, die sich den Antifas anschlossen. Um die Arbeiterklasse effektiv gegen den Faschismus zu mobilisieren, muß der Kampf gegen die verbrecherischen sozialdemokratischen Gewerkschaftsböden aufgenommen werden, weil diese die Massen von Aktionen gegen die Nazis ablenken und gleichzeitig die Faschisten schützende Polizei hochjubeln. Ohne diese Perspektive ist ein erfolgreicher Kampf gegen den Faschismus nicht möglich.

Konkret hatte die Leipziger IG-Metall-Führung eine klassische Situation geschaffen, in der - unter Anwendung der revolutionären Einheitsfronttaktik - ihre Verratspolitik für weite Teile der ArbeiterInnen entlarvt werden konnte. In einer solchen Situation müssen RevolutionärInnen die Gewerkschaftsführung durch Agitation in den verschiedenen Gewerkschaftseinheiten und Betrieben auffordern, ihren Verhinderungssprüchen Taten folgen zu lassen. Zugleich muß vor der wahrscheinlichen Sabotage gewarnt und die Gewerkschaftsbasis gegen die reformistische Führung mobilisiert werden. Diese Herangehensweise ist integriert in den Aufbau kommunistischer Gewerkschaftsfraktionen.

Gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen sind ein wichtiges Mittel, um dem Kampf gegen die Nazis nicht nur die notwendige Militanz, sondern auch die soziale Verankerung beizusteuern. Sie entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern müssen von RevolutionärInnen u.a. aus Streikpostenkettens und organisierten Aktionen gegen rassistische Übergriffe in Betrieben heraus initiiert werden.

Um die wachsende faschistische Bewegung zu stoppen und zu zerschlagen ist es u.a. nötig, Nazi-Aufmärsche zu verhindern (statt sie zu stören). Entgegen der autonomen Praxis kurzsichtiger Eintagsfliegenpolitik, sich von Aktion zu Aktion, von einem Konzept zum anderen, also in der Regel von Niederlage zu Niederlage durchzuwursteln, muß anti-faschistische Politik in das Programm des revolutionären Klassenkampfes integriert werden. Erfolgreiche Massenmobilisierungen erfordern daher vor allem innerhalb der Arbeiterklasse den Kampf für eine revolutionäre Politik der sozialistischen Umwälzung dieser Gesellschaft. Gemeinsame Aktionen der Arbeiterbewegung mit Teilen der ImmigrantInnen und anderer besonders Unterdrückter gegen den Einfluß der Reformisten zu organisieren, bedeutet beharrliche und zähe revolutionäre Politik - selbstgenügsam moralisch motivierte Gegenwehr greift zu kurz. Deshalb kämpfen wir KommunistInnen für eine revolutionäre Partei, um die ArbeiterInnen von "ihrer" reformistischen Führung zu brechen. ■